



Inhalt:

Die rot-grüne Landesregierung schafft die Studiengebühren ab.....Seite 2

"Ein guter Tag für Niedersachsen" Rede von Silke Lesemann im Landtag.....Seite 3

Inklusion ist Thema beim Schulbesuch.....Seite 4

Spannende Einblicke in die Landtagsarbeit.....Seite 4

Liebe Leserin,
Lieber Leser

Ein spannendes Jahr neigt sich dem Ende zu. Knapp ein Jahr ist es her, dass am 20.1.2013 in Niedersachsen der Regierungswechsel herbeigeführt wurde. SPD und Grüne regieren mit einer Einstimmen-Mehrheit. In der vergangenen Woche ist nach einer anstrengenden Plenarwoche der erste Haushalt mit rot-grüner Handschrift verabschiedet worden. Mehr Investitionen in Bildung sowie die Abschaffung der Studiengebühren, aber u.a. auch die Verabschiedung eines Landesvergabegesetzes, dass Tariftreue und die Einhaltung von Standards „guter Arbeit“ garantieren, prägen diesen Haushalt. Im Laufe dieser Wahlperiode soll ein flächendeckendes System von Ganztagschulen eingeführt werden, die diesen Namen auch verdienen. Geld ist knapp, deshalb mussten für dieses Vorhaben auch Umschichtungen im Haushalt vorgenommen werden, die auf den Widerstand davon betroffener Lehrkräfte gestoßen sind. In den vergangenen Wochen haben alle Abgeordneten Diskussionen über die gewachsenen Belastungen an den Schulen geführt. Mit den Lehrer-Verbänden werden wir im nächsten Jahr über eine bessere Regelung zur Altersteilzeit und Entlastungen im Gymnasial-Alltag sprechen.

Eine entspannte Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr

wünscht Silke Lesemann



Zum Fest ein neuer Haushalt

In der letzten Plenarwoche in diesem Jahr hatten die Landtagsabgeordneten ein Mammut-Programm zu bewältigen. Im Mittelpunkt stand die abschließende Beratung über den Haushalt, die ganz im Zeichen eines Politik- und Paradigmenwechsels stand.

Die rot-grüne Koalition hat mit Mehrheit den neuen Haushalt für das Land Niedersachsen 2014 beschlossen. "Diese Koalition steht für einen Politikwechsel. Das ist ein zukunftsweisender Beschluss für die Menschen in Niedersachsen", sagt Silke Lesemann. Kern des Haushaltes sind mehr Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Soziales. "Wir übernehmen aber auch Verantwortung für solide und nachhaltige Finanzpolitik", erklärt Lesemann.

Das sind die Kernpunkte des neuen Haushaltes 2014:

Wirtschaftspolitik: Wirtschafts- und Beschäftigungsmotoren, die gute Arbeit zu fairen Löhnen garantieren, sollen stärker unterstützt werden (z. B. Off-Shore Branche).

Bildungspolitik: Die "Zukunftsoffensive Bildung" der rot-grünen Koalition setzt auf Chancengleichheit und baut Bildungshürden ab. So soll es in Niedersachsen zukünftig mehr Gesamt- und Ganztagschulen geben und die Studiengebühren werden abgeschafft. Ein weiteres zentra-

les Projekt ist die Inklusion, die mit Investitionen von rund 500 Millionen Euro in Kitas und Schulen gefördert werden soll.

Sozialpolitik: Die Sozialpolitik der rot-grünen Landesregierung baut Ungerechtigkeiten ab und legt die Grundlage für selbstbestimmtes Leben. Das Blindengeld wird erhöht, zudem werden die Krankenhäuser vor allem im ländlichen Raum gestärkt. Auch in Fragen der Pflege und Wohnen im Alter gelang Rot-Grün eine entscheidende Weichenstellung. So wird mehr in die Pflege investiert und eine echte Wahlfreiheit beim Wohnen hergestellt.

Regionalpolitik: Die Landesregierung greift aktiv in die Gestaltung des ländlichen Raumes ein, um die bestehenden Ungleichheiten zu bekämpfen. Dies soll mithilfe von Landesbeauftragten und der Einrichtung der neuen Landesämter für regionale Landesentwicklung gelingen.

Einwanderungspolitik: Einen Paradigmenwechsel wird es auch in der Einwanderungspolitik geben. Es soll eine Willkommenskultur in Niedersachsen aufgebaut werden und auch der Umgang mit Flüchtlingen soll sich verbessern.

Infrastrukturpolitik: Kaputte Landesstraßen sollen der Vergangenheit angehören. Rot-Grün investiert in den Erhalt nicht in den Neubau. Zudem soll der Schienen- und Radverkehr gefördert werden.

Rot-grüne Koalition hält ihr Versprechen

Studiengebühren zum Wintersemester 2014/15 abgeschafft

Um kurz nach 17 Uhr am ersten Tag der Plenarwoche war es endlich so weit! Nach langer Debatte stimmten die Abgeordneten des niedersächsischen Landtags für die Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2014/15.

Im Winter 2006 begann Niedersachsen einen fatalen Irrtum einzugehen. Die schwarz-gelbe Regierung beschloss auch zwischen Harz und Nordsee die Studiengebühren einzuführen. Doch nach und nach erkannten selbst Länder wie Bayern, dass die Campus-Maut ein bildungspolitisches Desaster ist. Bis zum Schluss versuchten CDU und FDP die Abschaffung der Gebühren zu verhindern, sogar als klar wurde, dass Niedersachsen bald das einzige Land mit Studienbeiträgen sein würde. Rot-Grün macht dem Unsinn ein Ende und beschloss 14 Tage vor dem Fest die Abschaffung der Campus-Maut. Es ist ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk für die Studierenden in Niedersachsen.

Allerdings müssen die Studiengebühren von 500 Euro zum Sommersemester 2014 nochmal überwiesen werden. Erst zum Wintersemester 2014/15 werden keine Beiträge mehr erhoben. Dies



hängt damit zusammen, dass Rot-Grün die Universitäten nicht vor unlösbare Aufgaben stellen möchte. "Die Situation der Studierenden in Niedersachsen soll sich nicht verschlechtern. Es muss weiterhin Tutorien und lange Öffnungszeiten in den Bibliotheken geben. Der Verlust durch die Studiengebühren soll daher komplett durch Mittel des Landes kompensiert werden", erklärt die wissenschaftliche Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Silke Lesemann. So schaffe Rot-Grün Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ohne die Bedingungen der Studierenden in Nieder-

sachsen zu verschlechtern.

Auch in der Frage, wofür die Mittel an den Universitäten eingesetzt werden, sollen die Studierenden mehr mitbestimmen können. „Wenn es um gute Studienbedingungen geht, sind Studierende Experten in eigener Sache“, sagt Lesemann.

Abschaffung sorgt für Chancengleichheit

Dass Studiengebühren bildungspolitischer Unsinn sind, das belegen mehrere anerkannte Studien. Sie untersuchen den Effekt der Gebühren auf das Verhalten der Studierenden und die Studierneigung von Schülern und Schülerinnen. So kamen mehrere Studien des Hochschul-Information Systems (HIS) zum Ergebnis, dass Studiengebühren sehr wohl abschreckend wirken. Zwar scheinen die Zahlen mit rund sechs Prozent sehr gering, doch unter ihnen befinden sich zumeist Frauen aus einfachen Verhältnissen, die durch die Studiengebühren systematisch benachteiligt werden. "Man benötigt keine Statistiken um zu sehen, dass die Gebühren vor allem Studierende aus einkommensschwächeren Haushalten benachteiligen", sagt Lesemann.

Ferner zeigt sich, dass in der Vergangenheit viele Studienberechtigte (2011: 33.00) in andere Bundesländer gezogen

sind, in denen es keine Gebühren gibt. Niedersachsen exportiert also die Fachkräfte von morgen und schwächt somit sein eigenes wirtschaftliches Potenzial. Viele Situationen, in denen Studierende aus einkommensschwachen Elternhäusern durch die Gebühren benachteiligt werden, wurden zudem bisher nur unzureichend in den Studien untersucht oder waren nur selten Teil der Debatte. So wirken sich Studiengebühren nicht nur auf den Studienantritt, sondern auch auf den Verlauf aus. Studierende aus armen Haushalten erlebten bisher eine alltägliche Benachteiligung an niedersächsischen Universitäten. Um die Gebühren und auch die Lebenshaltungskosten zu finanzieren, blieb ihnen keine andere Wahl, als neben dem Studium zu jobben. Die mangelnde Konzentration auf das Studium führt letztlich zu einem geringeren Lernerfolg, der sich auch in der Abschlussnote widerspiegeln kann.

Das Märchen von der Krankenschwester und dem Arzt



Ausgerechnet CDU und FDP stellten sich in der Debatte um die Studiengebühren als Vertreter der kleinen Leute dar. Eine Abschaffung der Campus-Maut würde dazu führen, dass die Krankenschwester künftig das Studium des Arztes finanziert. Dieses Märchen ist ebenso abstrus wie unzureichend, denn...:

- 1.) das differenzierte Steuersystem sorgt dafür, dass der Arzt einen höheren Beitrag zur Finanzierung der Gemeinschaft und auch der Unisversitäten leistet, als die Krankenschwester. Eine gerechte Steuerpolitik schafft also auch Chancengleichheit in der Bildung.
- 2.) die Abschaffung der Studiengebühren führt dazu, dass auch die Krankenschwester ihrem Kind ein Studium finanzieren und so dessen Bildungschancen erhöhen kann.
- 3.) nur weil jemand ein Studium antritt, bedeutet dies nicht, dass die Person später auch mehr verdient. Ein möglicher Abbruch und die Wahl des Studienfaches können die Verdienstmöglichkeiten enorm schmälern.

„Ein guter Tag für Niedersachsen“



Auszüge aus der Rede der wissenschaftspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Silke Leseemann zum „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Chancengleichheit durch Abschaffung und Kompensation der Studienbeiträge“ am 10. Dezember 2013:

„ Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Heute ist ein guter Tag für Niedersachsen, auf den viele schon lange gewartet haben. Heute nämlich beendet Rot-Grün auch in Niedersachsen den von Schwarz-Gelb begonnenen Irrweg, und wir schaffen die Studiengebühren ab. Darauf haben die Eltern und die Studierenden lange gewartet. Wir lösen damit eines unserer zentralen Versprechen aus dem Landtagswahlkampf ein.

Gestatten Sie mir einen kurzen Blick zurück. Nach der Einführung der Studiengebühren im Winter 2006 in Niedersachsen und in sechs weiteren Bundesländern wurde die Campusmaut nach und nach wieder beseitigt (...). Niedersachsen ist nun das letzte Bundesland, das Schluss macht mit den Gebühren, und das aus guten Gründen. Niedersachsen ist nämlich deutscher Meister beim Export von Studienberechtigten in andere Bundesländer. 2011 waren es 33 000 Studienberechtigte.

Viele von ihnen blieben dauerhaft weg oder bleiben auch dauerhaft weg. Dabei gehört Niedersachsen mit einer Studienanfängerquote von ca. 31% bei einem Bundesdurchschnitt von 42% bundesweit zu den Schlusslichtern.

(...) Verschiedene Studien haben gezeigt: Studiengebühren sind der Bildungschancenkiller, natürlich besonders

für diejenigen, die ohnehin aus einkommensschwächeren Elternhäusern stammen. Die Hauptkritik aller Studien zur deutschen Bildungspolitik bezieht sich auf den sogenannten Bildungstrichter. (...) 83 % der Akademikerkinder studieren, aber nur 23

% der Kinder aus nicht akademischen Elternhäusern. Hochschulbildung wird in Deutschland geradezu sozial vererbt. Studierende Arbeiterkinder sind trotz der Bildungsexpansion und des gewachsenen Anteils von Abiturienten weiterhin eine Seltenheit. Warum? Familien ohne akademische Erfahrung sind von den Erfolgsaussichten eines Studiums wenig überzeugt. (...) Um das feststellen zu können, (...) braucht man eigentlich nicht in Studien zu schauen, sondern muss sich nur mit den Studierenden unterhalten.

Angesichts der demografischen Veränderungen und des sich immer weiter abzeichnenden Fachkräftemangels brauchen wir jede Begabung in Niedersachsen. (...) Lassen Sie mich einige wesentliche Aspekte dieses Gesetzentwurfs erläutern. Zunächst die Kompensation der wegfallenden Studienbeiträge. Einige Abgeordnete aus diesem Hause versuchten in den vergangenen Monaten und natürlich gerade auch in den Zeiten der

Landtagswahl immer wieder, Ängste zu schüren und Hochschulen und Studierenden einzureden, es würde zum Bankrott der Hochschulen führen. (...) Doch das ist nicht zutreffend, denn die rot-grüne Landesregierung sorgt dafür, dass die ausfal-

lenden Mittel zuverlässig und dynamisch zweckgebunden zur Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen kompensiert werden. Denn es ist auch klar, dass die Studierenden weiterhin längere Öffnungszeiten der Bibliotheken sowie zusätzliche Tutorien und Lehrkräfte brauchen. (...)

Ein weiterer wichtiger Punkt: Für uns ist die Demokratisierung der Hochschulen keine Floskel. Das Gesetz ermöglicht mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Studierende bei der Verwendung der Studienqualitätsmittel. (...) Für uns gilt der Leitspruch Willy Brandts: Mehr Demokratie wagen. (...) Wir stehen für eine Politik, die soziale Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen. Bildungspolitik ist ein ganz zentraler Schwerpunkt dieser Landesregierung. Bildung und Wissenschaft haben für unsere Fraktionen einen zentralen Stellenwert. Das ist nämlich unser Ziel. Deshalb schaffen wir Bildungshürden ab (...). Deshalb schaffen wir natürlich auch die Studiengebühren ab. (...) Ab heute wird die letzte Studiengebühreninsel Niedersachsen ebenfalls Geschichte sein.

„Wir schaffen Bildungshürden ab“

„Deutscher Meister im Export von Studienberechtigten“

IMMER FÜR SIE DA



Wahlkreisbüro Silke Lesemann



Odeonstraße 15/16
30159 Hannover



Telefon:
0511 1674342



www.facebook.com/silke.lesemann



www.silke-lesemann.de



Info@silke-lesemann.de



Impressum

Lesezeit/ September 2013
V.i.S.d.P.: Silke Lesemann
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Inklusion ist wichtiges Gesprächsthema Hospitation in Schule: Lesemann zu Besuch in der KGS Sehnde

Noch einmal die Schulbank drücken: die SPD-Landtagsabgeordnete Silke Lesemann hat einen Tag lang an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) in Sehnde hospitiert. Von der ersten bis zur sechsten Stunde folgte sie den Schülern in den Unterricht und informierte sich bei den Lehrern über die tägliche Arbeit in den Schulen.

Gerade jetzt, nachdem in Niedersachsen die inklusive Schule verbindlich zum Schuljahresbeginn 2013/14 eingeführt wurde, ist dies eine wertvolle Erfahrung. Das über die normale Integration von Behinderten hinausgehende Konzept der Inklusion, in der die Gesellschaft in all ihren Facetten anerkannt werden soll, ist ein essentieller Programmpunkt des rot-grünen Koalitionsvertrags und soll mit der Reform des Schulgesetzes umgesetzt werden. „Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem zu verwirklichen. Inklusion erfordert ein radikales Umdenken in Deutschland. Nicht mehr der einzelne behinderte Mensch muss sich anpassen, um in der Regelschule dabei sein zu können. Stattdessen müssen sich die Schulstrukturen ändern, so dass Menschen mit Behinderungen von Anfang an einbezogen und ihre Teilhaberechte geachtet werden.“, erklärt Lesemann.

Die KGS Sehnde begann ohne äußeren Druck seit 2006 Kinder mit Handicap zu integrieren. Seitdem werden unter anderem in Zusammenarbeit mit der Förderschule Ilten Mädchen und Jungen mit Sprachproblemen und seit 2011 motorisch eingeschränkte Kinder an der



Wichtige Gespräche: Kathleen Fleer, Andreas Pohl, Silke Lesemann und Schulleiterin Helga Ackermann tauschen sich in der KGS über die Inklusion aus.

KGS unterrichtet. Der Leiter der Förderschule Andreas Pohl, der Lesemann beim Besuch der KGS begleitete, warnt: „Ein Gesetz schafft nur den Rahmen. Es muss aber auch vernünftig umgesetzt werden.“

Silke Lesemann konnte bei ihrem eintägigen Rundgang durch die Klassenräume wertvolle praktische Eindrücke sammeln und Anregungen für die Gestaltung einer gelingenden Inklusion wichtig sind: „Neben räumlichen Voraussetzungen bedarf es dringend einer Reform der Lehrerbildung. Rot-Grün hat dies in der Koalitionsvereinbarung festgelegt.“, betont Lesemann. „Lehrer aller Fachrichtungen müssen in ihrem Studium darauf vorbereitet werden, dass in ihrer Klasse auch Kinder mit kleineren und größeren Einschränkungen unterrichtet werden wollen. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Bis 2017 werden mehr als 1600 Vollzeitlehrerstellen geschaffen. Insgesamt sollen ca. 550 Millionen Euro für die Umsetzung der Inklusion an niedersächsischen Schulen ausgegeben werden. Bereits zum nächsten Schuljahr wird das Land 109 zusätzliche Sonderpädagogen einstellen.“

Spannendes Praktikum im Landtag



Wie sieht eigentlich der Landtag von innen aus und was machen die Parlamentarier den ganzen Tag? Diese spannenden Fragen bekam Daniela Rump bei ihrer mehrtägigen Hospitation bei der Landtagsabgeordneten Silke Lesemann beantwortet. Ob sie die gelernten Dinge, auch im alltäglichen Leben anwenden kann, wird sich zeigen: die Schülerin lernt nämlich nicht nur an der KGS Pattensen, sie ist dort auch Schülersprecherin.